

Erhebliche Restriktionen

Eindrücke aus China und Hongkong

| GUNTER SCHUBERT | **Wie ist aus Sicht eines deutschen Forschers die derzeitige politische Atmosphäre an Universitäten in China und Hongkong? Sind empirische Projekte in China möglich? Ein akademischer Reisebericht.**

Während große Teile der deutschen und internationalen Chinaforschung darüber debattieren, ob und unter welchen Bedingungen Feldforschung in China zukünftig noch möglich ist, haben einige Chinaforscherinnen und -forscher bereits damit begonnen, das Terrain zu sondieren. Auch meine knapp fünfwöchige Reise in die VR China und ihre Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong im September und Oktober 2023 diente diesem Ziel. Konkret ging es mir um zwei Dinge: Erstens, die derzeitige politische Atmosphäre an einigen Spitzenuniversitäten aufzunehmen; zweitens, zu erkunden, ob ich für empirische Projekte in China planen kann. Zwei Vorträge hatte ich für meine erste Etappe in der VR China im Gepäck: Einen Vortrag zum derzeitigen Blick der Europäischen Union auf China, verbunden mit der Frage nach der Reichweite von europäischer „strategischer Autonomie“ und einen zweiten zu den Veränderungen des

chinesischen Politikprozesses in der Ära Xi Jinping. Ich sprach an der Renmin-Universität, der Qinghua-Universität und der Peking-Universität in der Hauptstadt sowie an der Zhejiang-Universität in Hangzhou und an der Nanjing-Universität. Meine Kolleginnen und Kollegen an den genannten Universitäten, im Wesentlichen aus der Verwaltungswissenschaft und Sozialwissenschaft,

»Die chinesischen Studierenden waren sehr gut über die derzeitigen politischen Debatten im ‚Westen‘ informiert.«

richteten zudem kleinere Workshops aus, in denen wir über die derzeitige Situation im chinesischen Wissenschaftssystem sowie über die Situation und die Beschränkungen empirischer Forschung im Land diskutierten.

Empirischer Feldzugang zu China ist schwierig

Zunächst: Bei keiner meiner Vortragsveranstaltungen lief eine Kamera mit! Die Diskussionen wurden offen geführt. Die chinesischen Studierenden waren sehr gut über die derzeitigen politischen Debatten im „Westen“ informiert. Nirgends stieß ich auf nationalistische Tiraden, sondern vor allem auf Interesse, mehr über die deutschen bzw. europäischen Sichtweisen auf China zu erfahren und zu verstehen, wie diese zustandekommen. Die Professorinnen und Professoren der verschiedenen Institute, die ich besuchte, betonten, dass der wissen-

schaftliche Austausch für die chinesischen Universitäten wichtig bleibe und in diesen Zeiten noch bedeutsamer sei als vor der Pandemie. Überall war man sich der westlichen Kritik am chinesischen Wissenschaftssystem sehr wohl bewusst. Dennoch wurde mir vermittelt, dass man an einem offenen Dialog mit westlichen Partneruniversitäten interessiert und über alle Probleme zu reden bereit sei. Man setze darauf, auch unter den gegenwärtig für die chinesischen Universitäten schwierigen Bedingungen – vor allem dem ideologischen Credo der Regierung folgen und etwa „chinesische Theorien“ entwickeln zu müssen – die internationale Wissenschaftskooperation zu erhalten und einen kritischen Dialog zu proben.

Der empirische Feldzugang zu China ist objektiv schwierig geworden, auch für chinesische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. In einem meiner zentralen Forschungsfelder, *local governance* und Politikimplementierung auf den unteren Verwaltungsebenen, stoßen meine chinesischen Kolleginnen und Kollegen heute auf zahlreiche Probleme: Regierungsbeamte und Parteikader wollen keine Auskunft geben, amtliche Dokumente werden nicht herausgegeben. In kritischen Politikfeldern, so bedeutete man mir, sei der Zugang für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehr schwierig, auch die Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden vor Ort wurde als derzeit kaum realistisch eingeschätzt. Aber unmöglich sei Feldforschung nicht – so etwa im Bereich der lokalen Wirtschafts- und Technologiepolitik und generell in solchen Projekten, in denen lokale Regierungen nach Lösungen für

AUTOR



Gunter Schubert ist Professor für Greater China Studies am Asien-Orient-Institut der Universität Tübingen. Er leitet zudem das European Research Center on Contemporary Taiwan

(ERCCT), eine zentrale Einrichtung der Universität Tübingen.

praktische Probleme suchen und dabei auch auf verwaltungswissenschaftliche Expertise zurückgreifen. So werde ich auf meiner nächsten Forschungsreise in einem konkreten Projekt erproben, was für mich als ausländischer Wissenschaftler tatsächlich geht – und was nicht. Erste Erfahrungen mit Feldforschung, die von Chinaforscherinnen und Chinaforschern aus den USA und Großbritannien in den letzten Monaten gemacht wurden, sind durchaus ermutigend. So konnten etwa empirische Untersuchungen zu verschiedenen sozialpolitischen Fragestellungen sowie zum Komplex der Wanderarbeiterinnen und -arbeiter durchgeführt werden. Nach allgemeiner Einschätzung meiner chinesischen Kolleginnen und Kollegen werde sich China allmählich wieder öffnen, was auch auf den Feldzugang ausstrahlen würde. Zudem gäbe es noch andere Strategien, aussagekräftige Daten zu generieren – etwa durch universitäre Veranstaltungen mit politischen Entscheidungsträgern und Experten, bei denen häufig gut aufgearbeitete Präsentationen ausgetauscht werden.

Irritierend waren die Sicherheitskräfte an den Eingängen der Universitäten. Auf meine hartnäckig vorgetragene Frage, warum diese nach Ende der Pandemie noch immer nötig seien, erhielt ich die unterschiedlichsten Antworten. Sicher war sich niemand, warum die Universitätsleitungen die Eingangskontrollen nicht zurücknehmen wollten. Diese sind sichtbarer Ausdruck des Dilemmas der chinesischen Universitäten im China Xi Jinpings: Einerseits sollen sie internationale Spitzenforschung betreiben und global mit den besten Universitäten der Welt mithalten. Andererseits behält sich der chinesische Staat vor, die Wissenschaftsfreiheit permanent zu patrouillieren. An den Universitäten ist man sich klar darüber, dass dies nicht zusammengeht.

Bedrückte Atmosphäre an den Universitäten in Hongkong

Nach gut zwei Wochen reiste ich nach Hongkong weiter und erlebte eine Überraschung: Bei der Passkontrolle am Hongkonger Flughafen wurde ich von einem Beamten der Hongkonger Einwanderungsbehörde abgefangen und danach mehr als vier Stunden festgehalten. Auf meinen Protest hin erklärte man mir nach etwa 30 Minuten des Wartens, man prüfe meine „Einreisegeschichte“ und

ich müsse Geduld haben. Danach wurde ich mehrfach von Beamten gefragt, was ich in China gemacht hätte und was ich in Hongkong tun wolle; wo ich meine akademischen Vorträge in China gehalten habe und ob ich solche Vorträge auch in Hongkong halten wolle; worüber ich in China gesprochen und wer mich eingeladen habe. Man verlangte von mir, meine Vorträge in China durch relevante Kommunikation mit den einladenden Instituten und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu belegen. Der entsprechende digitale Verkehr auf meinem Handy und meinem Laptop wurde abfotografiert. Dabei wurde mir klar gemacht, dass meine Einreise nach Hongkong ohne den Zugang zu diesen Daten gefährdet sei. Anschließend wie-

»Die Entpolitisierung der Sonderverwaltungsregion hat die Universitäten erreicht.«

der Warten. Nach etwa drei Stunden wurde mir bedeutet, dass man mich nun zu meinem Gepäck führe. Dieses wurde dann Stück für Stück durchsucht, begleitet von erneuten Fragen nach meinen Plänen in Hongkong. Die letzte halbe Stunde verbrachte ich in einem kleinen Raum unter Aufsicht eines jungen Beamten. Meine Laune war im Keller, aber ich blieb ruhig. Auf mein Nachfragen sagte mir der Beamte, es würde jetzt eine finale Entscheidung gefällt, ob ich einreisen dürfe. Dies durfte ich dann auch.

Am darauffolgenden Tag schrieb ich einen elektronischen Brief an die Einwanderungsbehörde und protestierte gegen diese Behandlung. Zudem informierte ich das deutsche Generalkonsulat in Hongkong. Die Einwanderungsbehörde reagierte prompt und teilte mir mit, sie werde meine Beschwerde an ihr Büro am Flughafen weiterleiten. Gut zwei Wochen später erhielt ich die Nachricht, dass ich lediglich in eine Routinekontrolle geraten sei, wie sie in Hongkong regelmäßig durchgeführt werde. Doch das erscheint mir unwahrscheinlich.

An den Universitäten der Sonderverwaltungsregion (SVR), die ich besuchte, traf ich auf eine bedrückte Atmosphäre. Die Universitätsleitungen scheinen sich nach den Protesten von 2019 gegen Vorwürfe schützen zu wollen, damals zu nachsichtig mit ihren Studierenden gewesen zu sein und überhaupt mit den Protesten sympathisiert zu haben. Vor allem die sozialwissenschaftlichen Departments stehen unter Kontrolle von oben,

die Besetzung von Führungsstellen ist hochgradig zentralisiert und es lässt sich vielerorts beobachten, wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der VR China freie Stellen besetzen. Eine erkennbare hedging-Strategie der Universitätsleitungen ist die Zusammenlegung von politikwissenschaftlichen Instituten mit anderen Einheiten zu vermeintlich „harmloseren“ Schools of Public Policy, während regierungskritische Professorinnen und Professoren Hongkong verlassen haben oder entlassen wurden. Es gibt, so wurde mir bedeutet, keine Konferenzen mehr, in denen das Regierungshandeln in Hongkong kritisiert werden könnte. Die Entpolitisierung der Sonderverwaltungsregion hat die Universitäten somit erreicht, deren Internationalisierungsbemühungen inzwischen hauptsächlich auf die Rekrutierung hochbezahlter Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler fokussiert zu sein scheint. Dies alles bestätigt meine Eindrücke, die ich bereits 2021, im Rahmen einer Gastprofessur an der Chinese University of Hongkong, gesammelt hatte (s. auch: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/wie-weit-geht-der-einfluss-chinas-auf-die-wissenschaft-4381>).

Selbstbewusstsein versus Unsicherheit

Insgesamt hat diese Reise die Vermutung bestätigt, dass sozialwissenschaftliche Forschung in China und Hongkong derzeit erheblichen Restriktionen unterworfen ist. Ob Feldforschung, die valide Daten generiert, noch möglich ist, bleibt für mich einweilen noch eine offene Frage, die erst durch zukünftige Projekte beantwortet werden kann. An den chinesischen Universitäten, die ich besuchen konnte, ist man diesbezüglich verhalten optimistisch und glaubt an eine allmähliche Besserung der Lage. Hongkong bietet der sozialwissenschaftlichen Chinaforschung zumindest eine interessante Perspektive auf die dortige Selbstregulierung des Wissenschaftssystems im Zeichen autoritärer Gouvernementalität, bei der die chinesische Regierung sich kaum mehr direkt in die Universitätspolitik einmischen muss. Während in China sich Selbstbewusstsein mit dem Willen zu internationaler Kooperation verbindet, hat sich in Hongkong ein Schleier der Unsicherheit über die Universitäten gelegt, der ihre Kreativität und Vitalität nachhaltig zu lähmen droht.